

Der „Brahimi-Report“ und die Zukunft der UN-Friedensoperationen¹

Nach einer kurzen Phase der Euphorie über das „Erfolgsrezept UN-Peacekeeping“ in den frühen neunziger Jahren wandelte sich die Einschätzung der UN-Friedensoperationen. Die Einsätze im ehemaligen Jugoslawien, in Somalia und Ruanda wurden, ohne die näheren Umstände differenziert zu bewerten, allzu oft und verkürzt lediglich als „Fehlschläge“ bezeichnet und verurteilt. Damit dienten sie pauschal als Beleg für die vermeintliche Unfähigkeit der UNO und das Versagen der UN-Friedenseinsätze. Dies war mit ein Grund für die schwere Krise, in der die Weltorganisation gerade zum Zeitpunkt ihres 50. Geburtstages 1995 steckte.²

Es folgte mit 1. Januar 1997 die Ablöse des glücklosen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali³ durch den weit geschickteren Ghanesen Kofi Annan. Ähnlich wie schon in den sechziger Jahren, als das Debakel der Kongo-Operation 1960-64 die UNO in eine schwere Krise stürzte, setzte Kofi Annan auf eine Reduktion auf das Machbare. Der Umfang der UN-Friedensoperationen, der 1993/94 einen Höchststand von 85 000 Mann bei Kosten von 3,6 Milliarden US-Dollar erreicht hatte, wurde sukzessive annähernd auf den Stand von vor 1989 reduziert: etwa 10 000 Mann bei Kosten unter einer Milliarde US-Dollar. Erst Ende der neunziger Jahre folgte ein neuerlicher Anstieg auf derzeit zirka 38 000 Mann und jährliche Kosten von ungefähr 2,6 Milliarden US-Dollar.⁴

Außerdem wurde der Anspruch der UNO auf eine führende Rolle in allen internationalen Einsätzen eingeschränkt. Boutros Boutros-Ghali hatte 1992 noch die Hoffnung geäußert, im Sinne der „Wiederbelebung“ der UN-Charta auch für Kampfeinsätze Truppen unter dem Oberbefehl der Vereinten Nationen zum Einsatz bringen zu können. Damit hatte er aber ebenso wie mit seinen Vorschlägen, die Finanzierung der Weltorganisation auf eine von den Mitgliedstaaten unabhängige Basis zu stellen, für massive Verstimmung unter den Großmächten gesorgt.⁵ Diese waren naturgemäß keineswegs daran interessiert, eine solche Stärkung der UNO als Organisation und damit eine Schwächung ihrer eigenen Position zuzulassen. Dafür wurde das Department of Peacekeeping Operations (DPKO) in New York durch die Abstellung von 130 kostenlosen Experten, die großteils aus den USA, Kanada und europäischen Staaten kamen, unterstützt. Diese Aktion, an der sich auch Österreich beteiligte, scheiterte allerdings 1997 am Einspruch von Staaten der „Dritten Welt“, die darin eine direkte Einflussnahme der entwickelten Staaten auf die Arbeit der UNO erblickten.⁶

1 Für seine konstruktive Kritik und zahlreiche Vorschläge und Hinweise danke ich meinem Freund und Kollegen Dr. Johannes Wimmer von der UN-Abteilung des Außenministeriums sehr herzlich.

2 Die negative Stimmung war vor allem in den USA extrem zu spüren und oft regelrecht feindselig. Der Autor dieses Berichtes war 1995/96 in Washington D.C. und konnte dies dort direkt miterleben.

3 Allerdings ist die Darstellung – etwa auch in Boutros-Ghalis Memoiren (Unvanquished: A U.S.-U.N. Saga. London 1999; deutsch: Hinter den Kulissen der Weltpolitik. Die UNO – wird eine Hoffnung verspielt? Bilanz meiner Amtszeit als Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hamburg 2000) – dass 1996 lediglich die USA eine Wiederwahl Boutros-Ghalis verhindert hätten, unrichtig: Die anderen Staaten, die nicht gegen ihn stimmten, konnten dies guten Gewissens mit Krokodilstränen tun, weil sie sich des US-Vetos sicher waren. Tatsächlich gab es kaum einen Staat, der den Abgang Boutros-Ghalis wirklich bedauerte.

4 Diese Zahlen sind der UN-Homepage entnommen. Allerdings geben die genannten Beträge nur jene Kosten an, die der UNO direkt oder durch Refundierungen an die Truppensteller erwachsen, nicht die Gesamtkosten für derartige Einsätze. <www.un.org>

5 So schlug Boutros-Ghali 1995 vor, die Finanzierung der UNO durch eine direkte UN-Steuer auf internationale Flüge und Transaktionen zu sichern, was vor allem in den USA auf heftige Ablehnung stieß.

6 Viele Vorwürfe der Blockfreien Staaten gegen das Verhalten der entwickelten Staaten finden sich in dem bemerkenswerten Statement des indischen Ständigen Vertreters bei der UNO, Botschafter Kamalesh Sharma, im Vierten Komitee

Da die UNO weiterhin nicht über den notwendigen Führungsapparat verfügt, Truppen im Kampfeinsatz militärisch zu führen, entwickelte sich in den neunziger Jahren angesichts der Erfahrungen der komplexeren Einsätze eine „Aufgabenteilung“: Für traditionelle Aufgaben der Waffenstillstandsüberwachung und Truppentrennung – das klassische „Peacekeeping“ – haben sich die leicht bewaffneten „Blauhelme“ und unbewaffneten UN-Beobachter sehr gut bewährt. Für „robustere“ Kampfeinsätze, wo es auf eine straffe militärische Führung und Entscheidungsfähigkeit ankam, griff man hingegen auf bestehende Bündnisse oder ad-hoc-Koalitionen zurück. Das kanadische Lester B. Pearson Peacekeeping Training Centre bezeichnet dieses Verfahren als „Peacekeeping by proxy“, also durch Stellvertretung im UN-Auftrag.⁷ Beispiele für unterschiedliche Formen dieser „Arbeitsteilung“ waren die Einsätze auf Haiti 1994 oder in Bosnien-Herzegowina ab 1995/96: In Haiti kam zuerst die US-geführte Multinational Force (MNF) zum Einsatz, die nach einigen Monaten die Verantwortung an die UN-Operation (UN Mission in Haiti, UNMIH) übergab. Sowohl MNF und UNMIH verfügten über militärische, polizeiliche und zivile Komponenten. Ähnlich verlief der Einsatz in Ost-Timor ab 1999, wo die australische Interventionstruppe INTERFET durch eine UN-Übergangsverwaltung (UNTAET) abgelöst wurde.

Im Gegensatz zu diesem Modell einer zeitlichen Abfolge ist der internationale Einsatz in Bosnien-Herzegowina parallel organisiert: die NATO leitet die militärische Komponente, die UNO die Polizei usw. Dieses parallele, ab 1999 auch im Kosovo angewendete Modell trägt der zunehmenden Vielfalt von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen in diesen Einsätzen Rechnung (in Bosnien und Kosovo sind jeweils mehrere hundert Organisationen registriert) und hilft, die Kosten auf verschiedene Trägerorganisationen aufzuteilen. Allerdings ist die Kommunikation und Kooperation zwischen den einzelnen Komponenten oft mangelhaft und es fehlt eine zentrale Führung.

Ausgehend von den Erfahrungen der neunziger Jahre, die er als Leiter des Departments of Peacekeeping Operations selbst miterlebt hatte, unternahm Generalsekretär Kofi Annan 2000 einen neuen Anlauf zur Definition der Rolle der UNO im Rahmen internationaler Friedensoperationen. Am 7. März 2000 berief er ein hochrangiges Komitee zur Untersuchung der „peace and security activities“ der Vereinten Nationen. Diesem Panel gehörten folgende Persönlichkeiten an:

- Lakhdar Brahimi, der frühere algerische Außenminister und mehrmalige UN-Missionschef, als Vorsitzender,
- J. Brian Atwood aus den USA, der zuvor als Leiter der U.S. Agency for International Development Erfahrung mit Entwicklungshilfe gewonnen hatte,⁸
- Botschafter Colin Granderson aus Trinidad und Tobago, mit OAS-Verwaltungserfahrung und mehrmaligen Einsätzen als Wahlbeobachter in Haiti und Surinam,
- Dame Ann Hercus aus Neuseeland, Diplomatin und 1998/99 Leiterin der UN-Operation in Zypern,
- Richard Monk aus Großbritannien, Polizeioffizier und 1998/99 Commissioner der UN-Polizei in Bosnien-Herzegowina,

am 9.11.2000, insbesondere Pkt. 10–16 (Presseaussendung der Indischen Vertretung in New York. Ich bin Dr. Wimmer für den Hinweis auf dieses Dokument und die Überlassung einer Kopie zu Dank verpflichtet.)

7 Vgl. Erwin A. Schmidl, Johannes Wimmer: Friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen. Wien 1998 (= Occasional Papers der Diplomatischen Akademie 3). Zu „robusteren“ Einsätzen vgl. Alex Morrison, Douglas A. Fraser, James D. Kiras (Hg.): Peacekeeping With Muscle. The Use of Force in International Conflict Resolution. Clementsport 1997

8 Der Konnex zwischen Entwicklungshilfe und Friedensoperationen ergibt sich daraus, dass viele Aufgaben des „Peace-Building“, etwa die Ausbildung einer neuen Polizeiorganisation, aus Geldern der Entwicklungshilfe finanziert werden.

- General Klaus Naumann aus Deutschland, zuletzt Vorsitzender des NATO-Militärkomitees während des Luftkrieges gegen Jugoslawien 1999,
- Hisako Shirmura aus Japan, UN-Beamtin mit langer Praxis im Department of Peacekeeping Operations,
- Botschafter Vladimir Shustov aus Russland, zuvor russischer Vertreter bei der OSZE,
- General Philip Sibanda aus Zimbabwe, früherer Kommandant der UN-Operation in Angola, und
- Dr. Cornelio Sommaruga aus der Schweiz, ehemaliger Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Dieses Gremium wurde durch das Department of Peacekeeping Operations des UN-Generalsekretariats unterstützt und durch das Henry L. Stimson Center in Washington wissenschaftlich beraten. Damit war ein gewisses Niveau gesichert, befasst sich doch Dr. William J. Durch mit seinen Mitarbeitern vom Stimson Center schon lange mit verschiedenen Aspekten internationaler Friedensoperationen.⁹

Die Expertengruppe erstellte einen umfangreichen Bericht, der am 17. August dem Generalsekretär übergeben und nach seinem Vorsitzenden als „Brahimi-Report“ bekannt wurde.¹⁰ Dieser Bericht untersucht systematisch und sorgfältig die Schwachstellen bisheriger Missionen und gibt insgesamt 57 Empfehlungen zu ihrer Korrektur in den drei Bereichen politische Rahmenbedingungen, Beiträge der Mitgliedstaaten sowie UN-interne Strukturen:

- Die Planung und Vorbereitung der Einsätze erfolgte bislang oft mit zu geringer Verbindung zu der UN-Präsenz im Lande einerseits und zu den Vertretern der Truppensteller andererseits. Durch die frühzeitige Einbeziehung der Truppensteller in die Planung neuer Einsätze soll die Vorbereitung verbessert werden. Diese Vorgangsweise bewährte sich schon 1994/95 beim Haiti-Einsatz.¹¹
- In der Vergangenheit verhinderten oft beschränkte oder unrealistische Mandate und zu geringe Budgets einen Erfolg von Friedensoperationen. Dies war vielfach die Folge von Kompromissen zwischen den Erfordernissen im Feld und dem beschränkten politischen Willen der Staaten, dafür die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit der UN-Operationen vor allem in internen, bürgerkriegsähnlichen Konflikten betont der Bericht daher die Notwendigkeit einer „robusten Doktrin“ und realistischerer Mandate.
- Zur Verbesserung der Arbeit des DPKO empfiehlt der Bericht die Schaffung einer Einheit für Informationsmanagement und strategische Analyse im UN-Hauptquartier in New York.
- Die Führung der Missionen im Feld, die bisher unter der strikten Trennung von politischer beziehungsweise militärischer Führung und (Finanz-)Verwaltung zu leiden hatte, soll durch eine Erweiterung der Befugnisse verbessert werden.
- Der Bericht fordert eine schnellere Verfügbarkeit vor allem der zivilen Komponenten durch Ausbau des Stand-by-Systems und bessere Evidenzhaltung verfügbarer Personen. Als Ziel wird eine Vorlaufzeit von 30 Tagen für traditionelle und 90 Tagen für komplexere Einsätze genannt.

9 Vgl. William J. Durch (Hg.): *The Evolution of UN Peacekeeping. Case Studies and Comparative Analysis*. New York 1993. Vgl. auch die zahlreichen kleineren Publikationen von Durch.

10 Der Bericht wurde vom Generalsekretär dem Sicherheitsrat und der Generalversammlung vorgelegt und ist auf der UN-Homepage veröffentlicht. <www.un.org/peace/reports/peace-operations>, deutsch: <www.uno.de>. Die Zusammenfassung und Empfehlungen wurden u.a. in *Internationale Politik* 55, 12/2000, S. 92–105; publiziert.

11 Vgl. Neil Pouliot: *Armed CIVPOL in Policing*. In: Alex Morrison, Douglas A. Fraser, James D. Kiras (Hg.): a.a.O., S. 101–106

- Durch den Abzug des „Gratis-Personals“ waren Mitte 2000 im DPKO lediglich 32 militärische, 9 Polizei- und 15 politische Referenten für die Vorbereitung, Durchführung und Unterstützung von 16 Operationen mit 27 000 Soldaten und 8 600 Polizisten zuständig. Der Bericht regt daher eine Vergrößerung und bessere Dotierung der Verwaltung der Operationen in New York an.¹²
- Um die Vorbereitung neuer Missionen und die Arbeitsfähigkeit der Stäbe zu beschleunigen, wird die Schaffung integrierter Arbeitsstäbe für neue Missionen vorgeschlagen, die rasch und bereits aufeinander eingespielt in den Einsatz gehen könnten.
- Weitere Forderungen betreffen die verstärkte Nutzung moderner Informationstechnologie, sowie die Bereitstellung zusätzlicher Mittel.

Der Brahimi-Report ist weniger beschönigend gehalten als andere UN-Dokumente und nennt relativ klar Schwachstellen, die wohl jedem Teilnehmer an UN-Einsätzen aus eigener Erfahrung bekannt sind – auch und gerade im Bereich des Generalsekretariats. Damit unterscheidet er sich wohltuend von manchen bisherigen amtlichen Berichten wie den Publikationen der „Lessons-Learned-Unit“ des Generalsekretariats, denen sogar vorgeworfen wurde, Verantwortung bewusst zu verschleiern.¹³

Freilich stellt sich die Frage, ob dieser Bericht trotz der Aufmerksamkeit, die er durch den „Milleniumsgipfel“ in New York erhielt, und trotz der Annahme der Empfehlungen durch den Sicherheitsrat¹⁴ und die Generalversammlung¹⁵ viel bewirken wird. Denn die prinzipielle, auch im Brahimi-Bericht und von Kofi Annan in seinem Bericht an Sicherheitsrat und Generalversammlung angesprochene Grundproblematik bleibt bestehen: Es hängt vom politischen Willen der Mitgliedstaaten und vor allem der fünf Ständigen Ratsmitglieder ab, wie erfolgreich die Vereinten Nationen agieren können.¹⁶

Natürlich werden die von Kofi Annan in Folge des Berichts angekündigten und teils bereits implementierten Maßnahmen – wie die Einrichtung des Executive Committee on Peace and Security (ECPS) und dessen Information and Strategic Analysis Secretariat (EISAS) oder die Vermehrung der entsprechenden Dienstposten um 35 – zur Verbesserung der UN-Kapazitäten beitragen. Allerdings bleibt es fraglich, ob diese Maßnahmen allein ausreichen, zumal die Strukturen der UNO durch den rigorosen, von den USA erzwungenen Sparkurs der letzten Jahre schwer beeinträchtigt sind.

Problematisch bleibt die lange Vorlaufzeit für den Einsatz von Friedenstruppen. Die Bemühungen um ein besseres „Stand-by-System“ in den neunziger Jahren bewirkten ebenso wenig sensationelle Änderungen wie die ersten diesbezüglichen Ansätze in den sechziger Jahren. Gerade in diesem Punkt aber, wo letztlich der politische Wille der Staatengemeinschaft gefordert ist, bleibt der Brahimi-Bericht eher zurückhaltend. Denn die dort angestrebten

12 Vgl. Winrich Kühne: Zukunft der UN-Friedenseinsätze. Lehren aus dem Brahimi-Report. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 45, 11/2000, S. 1355-1364. Allerdings blieben die im Brahimi-Report genannten Zahlen nicht unwidersprochen: Botschafter Kamalesh Sharma kam auf insgesamt 404 Posten im Sekretariat für die Führung von 37 000 Mann im Feld (Statement Botschafter Kamalesh Sharmas Pkte. 25–27) und bestritt daher die Notwendigkeit einer radikalen Personalaufstockung.

13 Dieser Verdacht wurde von mehreren involvierten UN-Mitarbeitern und Zeugen vor allem hinsichtlich des Panels über den Einsatz in Ruanda 1994 geäußert.

14 SR-Res. 1327 (2000) vom 13.11.2000. Der Sicherheitsrat richtete eine eigene Arbeitsgruppe ein, um die Empfehlungen zu bearbeiten.

15 Berichte des Generalsekretärs an die Generalversammlung, Dokumente A/55/501 und A/55/507 vom 20. bzw. 27.10.2000, und die Resolution A/RES/55/135 vom 28.2.2001, mit der die Empfehlungen angenommen wurden. Das Special Committee (4. Komitee) bleibt mit dieser Frage befasst.

16 Vgl. Alexandra Novosseloff: Revitalizing the United Nations. Anticipation and Prevention as Primary Goals. Wien 2000 (=OIIIP-Arbeitspapier 31, 12/2000), S. 11

Vorlaufzeiten von 30 Tagen für traditionelle beziehungsweise 90 Tagen für komplexere Einsätze müssen daran gemessen werden, dass bei den Operationen von 1956 (Suez), 1960 (Kongo), 1964 (Zypern) oder 1973/74 (Naher Osten) die Verlegung der Truppen binnen weniger Tage begann!

Vor allem die zivilen und Polizeikomponenten leiden unter eng begrenzten personellen Ressourcen; zudem klappt die Stellung über die nationalen Strukturen in vielen Staaten nicht so gut wie beim Militär.¹⁷ Dies sind letztlich strukturelle Probleme, da Polizisten auch im Frieden ständig im Einsatz sind, während Truppen in Friedenszeiten wesentlich leichter abstellbar sind. Positiv muss vermerkt werden, dass die UNO mittlerweile über eine beachtliche Erfahrung beim Aufbau ziviler Polizei- und Verwaltungsstrukturen verfügt.

Die wichtigsten der angesprochenen Schwachstellen (so die Frage der Finanzierung oder der realistischen Mandate und der dafür ausreichenden Dotierung) müssen letztlich von den Mitgliedstaaten, vor allem von den Ständigen Ratsmitgliedern beseitigt werden. Dass diese aber gerade unter der neuen US-Regierung gewillt sind, über Lippenbekenntnisse hinaus die Fähigkeiten der UNO effektiv zu stärken, darf bezweifelt werden.

Der Brahimi-Report wurde nicht zuletzt deshalb von mehreren Staaten – darunter von Indien – kritisiert, weil er zwischen verschiedenen Formen von Friedensoperationen zu wenig differenziert und eine – von der Generalversammlung abgelehnte – Ausweitung der UN-Einsätze vom „klassischen“ Peacekeeping auf robustere Operationen zur Friedenserzwingung impliziert.¹⁸ Eine derartige Sicht des „UN Peacekeeping“ entspricht zwar durchaus der Selbstdarstellung der Organisation,¹⁹ erschwert aber eine realistische Beurteilung der unterschiedlichen Anforderungen unter verschiedenen Einsatzbedingungen. Gerade der Erfolg in Einsätzen zur Waffenstillstandsüberwachung führte oft zur Hoffnung, mit „Blauhelmen“ auch Krisen befrieden zu können, wo ein Konsens der Parteien über eine Lösung ihres Konfliktes fehlte. Aber Friedensoperationen können, wie dies auch der indische Vertreter Botschafter Kamalesh Sharma in seiner Stellungnahme im Vierten Komitee betonte, nicht einen politischen Konsens ersetzen.²⁰

Dass sich die Friedensoperationen seit 1948 von der („klassischen“) ersten über die (erweiterte) zweite bis hin zur (robusten) dritten „Generation“ weiterentwickelt haben, wird in vielen Arbeiten über Friedensoperationen wie über die UNO betont. Allerdings übersieht diese UNO-zentrierte Darstellung sowohl die lange historische Entwicklung der Friedensoperationen seit dem 19. Jahrhundert wie die Einsätze außerhalb der UNO nach 1945. Die im Ausdruck „Generationen“ implizierte zeitliche Abfolge wird zudem nicht der Tatsache gerecht, dass sich die verschiedenen Typen von Friedensoperationen nebeneinander entwickelt haben und auch heute nebeneinander existieren, da sie die Antwort auf unterschiedliche Konfliktsituationen sind. So ist neben mehreren älteren gerade eine der jüngsten UN-Missionen, der Ende 2000 begonnene Einsatz zur Überwachung des

17 Die Polizei ist nicht überall national, sondern vielfach auf Länderebene organisiert. Vgl. zur Frage der Polizeieinsätze Erwin A. Schmid: *Police in Peace Operations*. Wien 1998 (=Informationen zur Sicherheitspolitik 10). Bei zivilen Spezialisten gestaltet sich die Rekrutierung noch schwieriger, und NGOs entziehen sich schon aus ihrem Selbstverständnis heraus oft einer zentralen Kontrolle.

18 Statement Botschafter Kamalesh Sharmas, Pkte. 6–9

19 Vgl. den Hintergrundtext über UN Peacekeeping auf der UN-Homepage: „Peacekeeping is a technique, pioneered and developed by the UN. [...] Born during the cold war years, traditional peacekeeping developed [and became] an indispensable means for controlling conflict in a divided, tension-ridden world. Recent years have seen major changes in the number and nature of conflicts brought before the UN. [...] Peacekeeping, initially developed as a means of dealing with inter-State conflict, has been increasingly applied to intra-State conflicts and civil wars.“ <www.un.org>

20 Statement Botschafter Kamalesh Sharmas, Pkt. 20

Waffenstillstandes und der Truppentrennung nach dem Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea, eine „traditionelle“ Mission.

Dieser Punkt geht über semantische Fragen hinaus, weil er sich letztlich in den Empfehlungen des Brahimi-Reports niederschlägt. Denn die geforderte Verstärkung der robusten Kapazitäten der UNO mit der Rüstung für „worst case“-Szenarien betrifft in erster Linie jene (Kampf-) Einsätze, die seit 1994 verstärkt durch Staatenkoalitionen oder bestehende Bündnisse – wenn auch im Auftrag oder mit Billigung der UNO – wahrgenommen werden. Sie stellen somit derzeit keine aktuelle Herausforderung für die Vereinten Nationen dar.²¹ Allerdings ist sich natürlich auch die UNO darüber im Klaren, dass jede „Auslagerung“ eine Stärkung der Hegemonialmächte bedeutet und somit nicht unbedingt dem „Geist der Vereinten Nationen“ entspricht.

Versucht man ein Resumé, so ist dem Brahimi-Bericht sicherlich zu bescheinigen, eine der bislang gründlichsten UN-internen Analysen von Schwachstellen bei Friedenseinsätzen zu sein. Dennoch geht er in Teilen an den gegenwärtigen Herausforderungen vorbei: UN-Friedenseinsätze sind heute weniger „robustere“ Operationen, sondern einerseits „klassische“ Einsätze zur Waffenstillstands- und Truppentrennungsüberwachung in zwischenstaatlichen Konflikten, andererseits umfassende „Peace-building“-Missionen nach innerstaatlichen Konflikten, vom ehemaligen Jugoslawien bis Ost-Timor, auch wenn die Notwendigkeit eines „robusten“ Elements in manchen dieser Einsätze (etwa in Sierra Leone) unbestritten ist.

Einige der im Brahimi-Bericht geforderten Verbesserungen im UN-Generalsekretariat werden – wenn sie verwirklicht werden – allen Einsatzarten zugute kommen. Ob darüber hinaus gehende Wünsche wie realistischere Mandate, eine solidere Finanzierung oder die raschere Verfügbarkeit von Personal angesichts der Haltung und Möglichkeiten der meisten Staaten in Erfüllung gehen werden, bleibt freilich offen. Falsch wäre es nur, darin ein „Versagen“ der Weltorganisation zu erblicken – vielmehr liegt es an den Mitgliedstaaten, wie sehr die UNO ihrem Auftrag gerecht werden kann, wobei vor allem die Ständigen Ratsmitglieder und hier in erster Linie die USA gefordert wären.

Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Fachbereichs Zeitgeschichte im Institut für Strategische Forschung
der Landesverteidigungsakademie Wien

21 Vgl. Niels Blokker: Is the Authorization Authorized? Powers and Practice of the UN Security Council to Authorize the Use of Force by „Coalitions of the Able and Willing“. In: *European Journal of International Law* 11/3, 9/2000, S. 541–568. Auch Botschafter Kamallesh Sharma wandte sich gegen eine zu starke Ausweitung der Aufgaben der Vereinten Nationen. Statement Botschafter Kamallesh Sharmas, Pkt. 19